

FC Aarau: Abstieg rückt näher
0:1 in Sion – das Schicksal scheint besiegelt. > 34

Der FCB vor dem Meistertitel
Aber wie sind die Perspektiven für nächstes Jahr? > 33

George Clooney
Ein Mann unter Strom: Begegnung in Beverly Hills. > 41



Schweiz am Sonntag

17. Mai 2015 | Nationale Ausgabe | www.schweizamsonntag.ch

Christa Markwalder: Es wird eng

FDP-Präsident Philipp Müller geht auf Distanz – SP plant Volksinitiative für Transparenz

VON PATRIK MÜLLER, HENRY HABEGGER UND CHRISTOF MOSER

Ob die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Dezember zur höchsten Schweizerin gewählt wird, ist ungewiss. Denn sie verliert in ihrer eigenen Partei an Rückhalt. FDP-Präsident Philipp Müller geht auf Distanz. Er sagt zur «Schweiz am Sonntag»: «Mein Job ist es, die Interessen der Partei zu vertreten – und Schaden von ihr abzuwenden. Ich werde, um dieses Ziel zu erreichen, keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten von einzelnen Personen nehmen.» Für Müller steht fest: Die Partei, die zuletzt im Aufwind war,

habe durch die Lobbying-Affäre um Christa Markwalder bereits «klar Schaden genommen». Mit dieser Begründung rechtfertigt Müller kritische Äusserungen gestern im Schweizer Radio SRF. Dort sagte er: «Der Fall ist eigentlich klar. Das Kommissionsgeheimnis wurde verletzt, da gibt es nichts zu beschönigen. Das ist nicht in Ordnung.» Auf die Frage, ob Markwalder als höchste Schweizerin noch wählbar sei, antwortete Müller nicht mit «Ja». Stattdessen sagte er: «Das entscheide nicht ich, sondern das Parlament.» Einflussreiche Freisinnige hoffen, dass Markwalder ihre Kandidatur fürs höch-



Christa Markwalder. KEY

Die Aargauer FDP-Ständerätin Christine Egerszegi, Nationalratspräsidentin 2007, sagt, die Kandidatur für das Nationalratspräsidium sei problematisch, wenn

te Amt freiwillig zurückzieht. Gemäss Insidern wird ein «Martyrerinnen-Effekt» befürchtet, würde die Partei die Politikerin offen zum Verzicht drängen. Allerdings gibt es auch unter Politikerinnen Kritik: Markwalder das Kommissionsgeheimnis wirklich verletzt habe. Auftrieb bekommen mit der Lobbying-Affäre die Bemühungen für mehr Transparenz. Die SP plant eine Initiative für die Offenlegung der Parteifinanzierung. «Das Projekt für die Transparenzinitiative bei Parteifinanzierung und Abstimmungskampagnen liegt weitgehend vor», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (BE). Der Entwurf sieht vor, dass Parteien ihre Eigenmittel sowie sämtliche Zuwendungen von mehr als 10000 Franken pro Jahr und Person offenlegen müssen. Unterstützung kommt auch aus anderen Parteien. > SEITEN 2/3 UND 32

Pilatus-Jet soll für die UNO fliegen

DER NEUE Pilatus-Businessjet PC-24, den auch der Bundesrat bestellt hat, könnte schon bald für verschiedene UNO-Organisationen zum Einsatz kommen. Das sagt Oscar J. Schwenk, Präsident des Flugzeugherstellers, im Interview. «Unserre Maschine kann auch auf Schotter und Sand landen. Deshalb ist sie auch für Regierungen und NGO interessant, etwa die Unicef oder die WHO», sagt Schwenk über den Jet, der diese Woche erstmals zu Testflügen abhob. Ab 2017 geht der Flieger in Serienproduktion. Dadurch werden in Stans NW neue Stellen geschaffen. Schon letztes Jahr wurde der Personalbestand um 116 auf 1850 Mitarbeiter erhöht, laut Schwenk sind es inzwischen fast 2000. Mehr aufbauen will er aber nicht: «Jetzt ist fertig.» (BWE/PMÜ) > SEITEN 13/14



Gratulation nach über weite Strecken einseitigem Spiel: Stan Wawrinka und Sieger Roger Federer. KEYSTONE

Federer demontiert Wawrinka in 55 Minuten

Roger Federer hat gestern den Halbfinal des Masters-1000-Turniers in Rom gegen Stan Wawrinka gewonnen. Damit ist er für das Finalspiel heute um 16 Uhr qualifiziert, in dem er auf Novak Djokovic trifft, den Weltranglistenersten. Das Duell gegen seinen Landsmann konnte Fe-

derer in nur 55 Minuten und in zwei Sätzen (6:4, 6:2) für sich entscheiden. Nach einem schlechten Start war der Baselbieter zunächst 0:3 im Rückstand, vermochte jedoch auszugleichen und schenkte Wawrinka in der Folge nichts mehr. Heute steht er nach 2003, 2006 und 2013

zum vierten Mal im Final des Römer Turniers, das er jedoch noch nie gewinnen konnte. Djokovic hat sein Halbfinalspiel gegen David Ferrer ebenfalls in zwei Sätzen gewonnen. Djokovic ist Titelverteidiger. Er hatte 2014 im Final Rafael Nadal bezwungen. (FB) > SEITE 37

UBS-Boni trotz hoher Busse

Die Stiftung Ethos kritisiert das Programm der Grossbank

VON NIKLAUS VONTOBEL

Nächste Woche dürfte die UBS in den USA eine schwere Busse kassieren. Da die Grossbank mittlerweile als Wiederholungstäterin gilt, greift das US-Justizdepartement DoJ gemäss amerikanischen Medien hart durch. Die Busse wird zum Härtefall für die Boni-Programme der UBS. Werden die zugeteilten Aktienpakete trotz der angeblichen Fehlleistung im US-Markt dennoch voll dem Top-Management gutge-

schrieben, ist dies schwer vermittelbar. Die Anlagestiftung Ethos befürchtet, dass es genau so kommen wird. «Wir können keinen Mechanismus in den Boni-Programmen erkennen, der dies verhindern würde», sagt Vincent Kaufmann, designierter Ethos-Direktor. Dabei hatte es einen solchen Mechanismus vor kurzem noch gegeben. In diesem Jahr führte er auch zum Verfall von über der Hälfte aller zugeteilten Aktienpakete. Doch er wurde aus den neuen Programmen gestrichen. > SEITE 24

Warum immer Würenlingen?

Spurensuche im Dorf, wo wiederholt Morde geschahen

DIE SCHRECKLICHE TAT eines türkischstämmigen Schweizers, der vor einer Woche vier Menschen tötete, reiht sich ein in eine unheimlich anmutende Häufung von Morden und Katastrophen in der Aargauer Gemeinde Würenlingen. Seit 250 Jahren wird das Dorf von Unglücksfällen heimgesucht. Der aus Würenlingen stammende Pirmin Meier, der mehrfach Studien zur historischen Volkskunde der Schweiz publiziert hat, hat die Geschichte seines Heimatdorfes recherchiert. Dort riet man ihm, lieber «Positives» zu berichten. Et-

wa, wie hier jeder Zugezogene die zu ihm passende Fasnachtsclique finde. Der früheste Mordfall, den Meier erwähnt, geschah 1760, als einheimische Nachtbuben einen geistig behinderten Holzsammler verbrannten. In jenem Wald, wo gut 200 Jahre später eine Swissair-Maschine abstürzte. > SEITEN 8/9



INSERAT

Für ä tüüfä gsundä Schlaaf...

Jetzt Aktionspreis

Jubilé Classic Matratze 90/200 cm

möbel märki

Hunzenschwil | Rheinfelden | Dietikon | Dierikon LU | Egerkingen | Zuchwil

Profitieren Sie jetzt von attraktiven Sonder-Angeboten!



Patrik Müller
Chefredaktor

EDITORIAL

Markwalder hat keine Wahl

Manchmal geht es blitzschnell in der Politik. Eben noch stand die FDP in Zürich als grosse Siegerin da, mit besten Prognosen für die eidgenössischen Wahlen im Oktober. Christa Markwalder konnte die Wochen bis zu ihrem Karrierehöhepunkt zählen: der Kür zur höchsten Schweizerin. Dann, vor zehn Tagen, erschien ein Artikel in der NZZ mit dem Titel: «Lobby-Affäre um Markwalder – Kasachische Manöver im Bundeshaus.» Seither ist die Welt der FDP und von Christa Markwalder eine andere.

Aber ist der Vorfall so gravierend? Der riesige Wirbel gerechtfertigt? Haben sich nicht auch schon andere Politiker von Lobbyisten, PR-Leuten und bisweilen auch von Journalisten einspannen lassen – und geheime Informationen aus Kommissionen herausgegeben? Darüber lässt sich trefflich diskutieren, endlos, problemlos bis zu den Wahlen. Doch die Diskussion ist missig. Denn der Geist ist aus der Flasche, und er wird nicht mehr dorthin verschwinden.

Christa Markwalder hat erstens Fehler gemacht und zweitens das Pech, dass nun an ihrem Beispiel eine Debatte geführt wird, die schon längst hätte geführt werden müssen: über den Einfluss des Lobbyings in unserem Milizparlament und über künftige Politik. Dass Markwalder der FDP angehört, die den Parteilager der verfallenen Wirtschafts-partei erst gerade abgeschüttelt hat, wirkt nicht debattenverkürzend. Das mag Christa Markwalder unfair erscheinen, doch es ist eine Realität. Ebenso, dass die allermeisten Bürger kein Verständnis haben für das, was sie getan hat.

«Ich nicht, die anderen auch» ist keine Verteidigungsstrategie. Aussetzen schon gar nicht. Markwalder riskiert sonst dreierlei: Erstens die Abwahl am 18. Oktober, weil sie uneinsichtig erscheint. Zweitens eine Zerreihsprobe in der FDP, die zwischen Unterstützern und Fallenlassen laiviert. Und drittens die Sündenbockrolle, sollten die Freisinnigen bei den Parlamentswahlen doch nicht so gut abschneiden wie vor kurzem prognostiziert. Wenn Markwalder die Realität anerkennt und weiteren Schaden von sich, ihrer Partei und dem Nationalratspräsidium abwenden will, kann sie nur zu einem Schluss kommen: ihre Kandidatur für die höchste Schweizerin zurückzuziehen. Auch wenn sie das für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit hält.

2 GEKAUFTE POLITIK

Bus überfährt Frau auf Zebrastreifen

YVERDON-LES-BAINS Ein Verkehrsbus hat am Freitagmorgen in Yverdon-les-Bains eine 80-jährige Frau angefahren. Die Frau wurde mit schweren Verletzungen ins Spital eingeliefert, an denen sie noch am selben Tag gestorben ist. Dies teilte die Kantonspolizei Waadt am Samstag mit. Die Frau überquerte die Strasse bei der Place Bel-Air auf einem Fussgängerstreifen, als sie der Fahrer oder die Fahrerin des städtischen Busses offenbar übersah. Durch die Kollision wurde die Frau zu Boden geschleudert. Die Polizei will den Unfallhergang rekonstruieren. (FB)

Zwei Tankmotorschiffe auf dem Rhein kollidiert

BASEL Am Samstagmorgen, kurz vor acht Uhr, sind auf dem Rhein in Basel zwei Tankmotorschiffe zusammengestoßen. Der Unfall ereignete sich unterhalb der Dreirosenbrücke bei einem Anlegemanöver, wie das Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt mitteilte. Durch den Aufprall ist auf beiden Schiffen je eine Person verletzt worden, und an beiden Schiffen entstand Sachschaden. Gemäss den Behörden entstand kein Umweltschaden. Der Schiffsverkehr war nicht beeinträchtigt. Die Gründe für die Kollision sind noch nicht geklärt und Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. (FB)

Junge Grüne ohne Parole zur PID

BERN An der Delegiertenversammlung der Jungen Grünen am Samstag wurde die Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) kontrovers diskutiert, wie die Partei in einer Mitteilung schreibt. Schliesslich wurde dem Antrag auf Stimmfreigabe stattgegeben. Die übrigen drei Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni fanden klare Mehrheiten unter den rund 60 Delegierten: Die Jungen Grünen empfehlen die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, die Erbschaftsteuer-Initiative und die Stipendien-Initiative zur Annahme. (FB)

Gefälschte 100er-Noten in Schaffhausen

SCHAFFHAUSEN Am Freitag ist in der Stadt Schaffhausen in vier Geschäften mit gefälschten 100-Franken-Noten bezahlt worden. Die Geldfälscher konnten bisher nicht ermittelt werden, wie die Schaffhauser Polizei mitteilte. (FB)

WETTER

Leicht bewölkt
Am Vormittag sind noch einige Tropfen möglich. Im Laufe des Nachmittags zeigt sich immer mehr die Sonne bei Temperaturen um 19 Grad. ... 30

GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

11	13	24	29	35	36
Glücks-Zahl					
2					
Replay-Zahl					
6					
Die Gewinne:					
6 GZ	0 à CHF	-			
6	0 à CHF	-			
5 GZ	1 à CHF	96 247 555			
5	32 à CHF	1 000 000			
4 GZ	31 à CHF	188 70			
4	1 503 à CHF	97 50			
3 GZ	5 308 à CHF	27 90			
3	25 722 à CHF	11 50			
Jackpot 4,5 Mio. Franken					
Joker:					
2	9	3			
5	0 à CHF	-			
6	2 à CHF	10 000 000			
4	11 à CHF	1 000 000			
3	126 à CHF	100 000			
2	1 482 à CHF	10 000			
Euro Millions:					
5	35	42			
44	47	Sterne 8/9			



ILLUSTRATION: MARCO TANCREDI

Das Bundeshaus soll gläsern werden

Die aufgedeckte Lobbying-Affäre gibt Bemühungen für mehr Transparenz in der Schweizer Politik den vielleicht entscheidenden neuen Schwung

VON CHRISTOF MOSER UND HENRY HABEGGER

Wie beeinflussbar durch Geld ist die Schweizer Politik? Reden Parlamentarier mit fremder Zunge, im Namen gekaufter Interessen? Die Lobbying-Affäre um die FDP-Nationalräte Christa Markwalder (BE) und Walter Müller (SG), die derzeit für Schlagzeilen sorgt, wirft ein grelles Schlaglicht auf die Intransparenz unter der Bundeshauskuppel. Gleichzeitig ist der aufgedeckte Lobbying-Fall nur die – vergleichsweise harmlose – Spitze des sprichwörtlichen Eisbergs.

«Das hat mit Demokratie wenig zu tun», sagt die abtretende Aargauer FDP-Ständerätin Christine Egerszegi, die im Interview (siehe unten) beschreibt, wie «National- und Ständeräte, die in Verwaltungsräten oder Verbänden sitzen, Gesetzestexte genau so formuliert haben, wie es die betreffende Branche vorgab.» Diese Erlebnisse – und die millionenschwere «Propagandalawine zur Ausschaffungsiniziative der SVP» – haben sie von der Transparenz-Gegnerin zur «Befürworterin werden lassen beim umstrittenen Thema Parteienfinanzierung.

UNZÄHLIGE MALE SIND Anläufe genommen worden, um die Finanzierung der Parteien ebenso offenzulegen wie die Geldflüsse für Kampagnen. Auch die intransparente Lobbying-Tätigkeit und die Zutrittsberechtigung ins Parlamentsgebäude von Public-Affairs-Firmen – dazu gehört auch Burson-Marsteller, um die sich die aktuelle Lobbying-Affäre dreht – waren bereits unzählige Male Thema von politischen Vorstößen, ohne dass sich am Gemauschel im Bundeshaus grundlegend etwas geändert hätte.

Doch jetzt befeuern die bekannt gewordenen Fälle – einerseits der Vorstoss von FDP-Nationalrätin Markwalder, der in Kasachstan redigiert wurde, andererseits die von Kasachstan bezahlte Reise von FDP-Nationalrat Müller – die ebenso

langjährigen wie erfolglosen Bemühungen für mehr Transparenz in der Politik neu und vielleicht entscheidend.

«Im Kasachstan-Fall haben viele Anhänger des heutigen Badge-Zutrittsystems gemerkt, welches Reputationsrisiko man sich damit einhandeln kann», sagt FDP-Nationalrat Andrea Caroni (AR), der genau vor einem Jahr mit einer parlamentarischen Initiative für mehr Lobbying-Transparenz gescheitert ist. In der Juni-Session will Caroni seine Initiative erneut einreichen, aber präziser formuliert: «Ich werde darauf fokussieren, dass Public-Affairs-Lobbyisten in einem Register offenlegen müssen, welche Mandate sie im Bundeshaus vertreten.» Optional will Caroni auch das Götti-System, mit dem Parlamentarier zwei Gäste – meist Lobbyisten – ins Bundeshaus schleusen können, nochmals zur Debatte stellen. «Die Kasachstan-Affäre illustriert, dass es für das Parlament ein Akt des Selbstschutzes sein kann, wenn die Lobbyisten transparenter agieren müssen im Bundeshaus», sagt Caroni.

Noch weiter gehen will Claudio Kuster, der persönliche Mitarbeiter des parteilosen Ständerats Thomas Minder (SH). Die beiden Initianten der erfolgreichen «Abzocker»-Initiative haben bereits angekündigt, eine Volksinitiative für mehr Transparenz in der Politik ausarbeiten zu wollen. Gegenüber der «Schweiz am Sonntag» umreist Kuster erstmals detailliert, in welche Richtung die Überlegungen gehen: «Für Mitglieder des Ständerats sollen Mandate verboten werden, die Mitglieder des Nationalrats sollen die Einkünfte aus ihren Mandaten offenlegen müssen.» So soll sichergestellt werden, dass zumindest in einer der Parlamentskammern – dem Ständerat – «frei von Partikularinteressen» entschieden wird. Als weiteres Element der Transparenz wollen Minder und Kuster das Götti-Zutrittsystem ins Bundeshaus durch Tagespässe für Lobbyisten ersetzen, die bei jedem Besuch im Parlamentsgebäu-

de in ein Register eintragen müssen, für wen sie lobbyieren.

Rückenwind erhält mit der aktuellen Lobbying-Affäre der Evergreen der Bemühungen für mehr Transparenz in der Politik: die Parteienfinanzierung. «Das Projekt für die Transparenzinitiative bei Parteienfinanzierung und Abstimmungskampagnen liegt weitgehend vor. Wir werden jetzt weitere Gespräche mit Vertretern aus anderen Parteien führen», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (BE). Sie hat das Projekt letztes Jahr federführend ausgearbeitet, die SP-Spitze stellte es dann vorerst zurück. Jetzt, im Zug der Kasachstan-Affäre, erhält das Initiativprojekt wieder gewaltig Schub – auch bei Präsident Christian Levrat.

DER ENTWURF DER INITIATIVE sieht vor, einen neuen Artikel in die Bundesverfassung einzufügen: «Finanzielle Transparenz politischer Prozesse». In Absatz 1 steht: «Politische Parteien legen ihre Einkünfte und Abstimmungen sowie Sach- und Geldzuwendungen von mehr als 10 000 Franken pro Jahr und Person offen.» Wer für eine Abstimmungskampagne über 100 000 Franken ausgibt, soll zudem «Höhe und Herkunft der Eigenmittel sowie sämtliche Sach- und Geldzuwendungen von mehr als 10 000 Franken pro Jahr und Person» offenlegen müssen.

Masshardt betont, sie sei im Interesse einer breiten überparteilichen Abstützung offen für Anpassungen. Klar ist für sie: «Ziel muss sein, die Initiative nächstes Jahr zu lancieren. Es ist Zeit, dass das Volk über diese Fragen entscheiden kann.»

FRAGE DER WOCHE

SOLLEN PARTEIEN SPENDEN ÜBER 10 000 FRANKEN OFFENLEGEN MÜSSEN?

Stimmen Sie ab
www.schweizamsonntag.ch oder
E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch

Philipp Müller kritisiert Markwalder – FDP-Frauen unterstützen sie

Der Druck auf die Berner Nationalrätin wächst, ihre Kandidatur für das Nationalratspräsidium zurückzuziehen

VON HENRY HABEGGER, CHRISTOF MOSER UND PATRIK MÜLLER

Es waren Worte der Distanzierung, die FDP-Präsident Philipp Müller gestern in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF wählte. Auf die Frage, ob die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder als höchste Schweizerin noch wählbar sei, antwortete er nicht mit «Ja». Stattdessen sagte er: «Das entscheide nicht ich, sondern das Parlament. Das wird sich vor allem auf das Ergebnis des Nationalratsbüros stützen.»

Das Büro des Nationalrats, zuständig für die Administration des Rats, aber auch für die Sanktionierung von Ungeheimnissen im Ablauf des parlamentarischen Betriebs, wird laut Mark Stucki, dem Sprecher der Parlamentsdienste, auf «Antrag von Markwalder selbst» am 1. Juni darüber beraten, ob die FDP-Nationalrätin das Kommissionsgeheimnis verletzt hat, indem sie im Fall Kasachstan Informationen an Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergab.

Für FDP-Präsident Müller steht bereits fest: «Der Fall ist eigentlich klar. Das Kommissionsgeheimnis wurde verletzt, da gibt es nichts zu beschönigen. Das ist

nicht in Ordnung.» Es sei, betonte Müller, Markwalder gewesen, die bestätigte, dass Informationen rausgegangen seien.

Rückendeckung vom Parteipräsidenten klingt anders. Die «Schweiz am Sonntag» rief Philipp Müller nach dessen Radio-Interview an und fragte nach, warum er Markwalder im Regen stehen lasse. Seine Antwort ist unmissverständlich: «Mein Job ist es, die Interessen der Partei zu vertreten – und Schaden von ihr abzuwenden. Die FDP hat in dieser Affäre bereits Schaden genommen», sagt Müller, und ergänzt: «Ich werde, um dieses Ziel zu erreichen, keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten von einzelnen Personen nehmen.» Was jetzt geschehe, habe nichts mit der Partei zu tun; es seien «Verfehlungen zweier einzelner Personen». Nebst Markwalder meint der Parteichef damit den St. Galler Nationalrat Walter Müller, der sich von Lobbyisten eine Reise nach Kasachstan bezahlen liess.

PIKANTES DETAIL: Explizit nimmt Philipp Müller die Medien in Schutz, die über die Affäre kritisch berichten. Während Markwalder von einer «Kampagne» spricht, sagt Müller, es sei die Aufgabe der Medien, solche Vorgänge aufzude-

cken. Im Fall Kasachstan war es die FDP-nahe «NZZ», die als erste berichtet hat.

Der FDP-Präsident sagt es zwar nicht explizit, aber die Interpretation seiner Aussage liegt nahe: Am liebsten wäre ihm, Markwalder würde ihre Kandidatur für das Nationalratspräsidium zurückziehen. Die Schlagzeilen rund um die Affäre gefährden das neue Image, das sich die FDP zugelegt hat – weg von der Wirtschaftsfilz-Partei. Gestern Samstag schrieb der «Tages-Anzeiger», die Affäre zeige, «dass die Zeiten des freisinnigen Filzes noch nicht vorbei sind». Auch andere hochrangige FDP-Politiker wünschen sich deshalb ein schnelles Ende mit Schrecken – wollen aber nicht namentlich zitiert werden. «Die Stimmung an der Basis ist eindeutig», sagt einer. «Man will sich den Wahltag im Herbst nicht von endlosen Negativschlagzeilen kaputt machen lassen.»

Doch so eindeutig ist die Lage nicht. Markwalder hat auch Unterstützung von etwa von Claudine Essvea, Generalsekretärin der FDP-Frauen und Ständeratskandidatin im Kanton Bern, die sagt: «Wir FDP-Frauen stehen zu 100 Prozent hinter Christa.» Offene Angriffe gegen Markwalder aus der Partei haben das Po-

tenzial, den Krach zwischen den FDP-Frauen und Parteipräsident Müller wieder aufbrechen zu lassen – was im Wahljahr niemand will.

UNTERSTÜTZUNG ERHÄLT Christa Markwalder auch vom Berner Nationalratskollegen Christian Wasserfallen, der sich 2013 in einer FDP-internen Kampfwahl ebenfalls um das Nationalratspräsidium beworben hat: «Sie hat einen Fehler gemacht, sie hat sich entschuldigt. Für mich ist das ein Sturm im Wasserglas. Ich sehe nicht, wo da der Skandal sein sollte. Ich werde sie nach Kräften unterstützen, damit sie wiedergewählt und dann Nationalratspräsidentin wird. Ich habe die interne Ausmarchung verloren, das ist abgehakt für mich.»

Markwalder selbst wollte sich gestern nicht zu den Aussagen von Präsident Philipp Müller äussern. Vertraute sagen aber, dass sie den Bettel nicht hinwerfen will. Sie fühle sich nach wie vor von der Partei getragen, erhalte viel Unterstützung. Nächster, vielleicht vorentscheidender Termin für sie ist die FDP-Fraktions-sitzung vom nächsten Freitag in Bern. Da wird sich zeigen, welchen Rückhalt sie in der Fraktion noch hat.

«Unabhängigkeit hat ihren Preis»

Die Aargauer FDP-Ständerätin Christine Egerszegi über Lobbyismus und den Fall ihrer Parteikollegin Christa Markwalder

VON PATRIK MÜLLER

Frau Egerszegi, Sie sind seit 20 Jahren im Parlament und waren 2007 Nationalratspräsidentin. Wie beurteilen Sie die Lobbying-Affäre um Christa Markwalder?

Christine Egerszegi: Wenn PR-Agenturen Vorstösse mitformulieren, ist das sicher ein Problem – aber nicht das Hauptproblem. Das sehe ich anderswo: Ich habe mehrmals erlebt, dass National- und Ständeräte, die in Verwaltungsräten oder Verbänden sitzen, Gesetzestexte genau so formuliert haben, wie es die betreffende Branche vorgab. Ich spreche von Gesetzen, nicht von einer Interpellation wie im Fall von Christa Markwalder.

Was ist daran so schlimm? Wir haben nun mal ein Milizparlament.

Aber jeder Parlamentarier muss seine Verantwortung wahrnehmen. In der Bundesverfassung gibt es ein Instruktionsverbot. In Artikel 161 steht: «Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen.» Das heisst, das Lobbyieren ist jederzeit möglich, aber man darf sich nicht einfach einspannen lassen.

Haben Sie ein Beispiel?



Christine Egerszegi (l.) und Christa Markwalder im Parlament. KEYSTONE

rungen, etwa bei der Transparenz oder den Maximalreserven. Von einer Arbeitsgruppe von Santésuisse wurden ganze Gesetzestexte vorgegeben. Das hat mit Demokratie wenig zu tun.

Warum lassen sich Politiker derart steuern?

Unabhängigkeit hat auch ihren Preis. Die Entschädigungen für die Parlamentarier sind im Vergleich zur Privatwirtschaft viel geringer. Die Versuchung ist gross, durch das eine oder andere Verwaltungsratsmandat noch ein paar zehntausend Franken dazuzuverdienen.

Die Politik müsse transparenter werden, wird nun allenthalben gefordert. Auch müsste die Parteienfinanzierung offengelegt werden. Sind Sie dafür?

Lange war ich gegen die Offenlegung, doch das hat sich geändert, als die Propagandalawine um die Ausschaffungsiniziative der SVP sah. Da wurde mir klar: Man muss wissen, woher das viele Geld kommt. Ich habe darum auch die Offenlegungs-Motion von Urs Schwaller unterstützt.

Würden Sie an Christa Markwalders Stelle die Kandidatur fürs Nationalratspräsidium aufrechterhalten?

Ich würde zunächst einmal abwarten, was das Büro der Parlamentsdienste zur Frage des Kommissionsgeheimnisses sagt. Wenn es wirklich verletzt wurde, ist das problematisch.

Sind Sie von Christa Markwalder enttäuscht?

Ich bin überrascht, dass ihr das passiert ist, wenngleich ich, wie erwähnt, das Hauptproblem anderswo sehe. Aber Christa Markwalder ist ja auch selber Lobbyistin...

... für die Zürich-Versicherung.

Als Lobbyistin müsste sie wissen, dass hinter einem PR-Büro ein Auftraggeber steckt, der für seine Einflussnahme Geld bezahlt. Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass ihr die Hintergründe ihres Vorstosses nicht bewusst waren.

Wie wirkt sich die Affäre auf die FDP aus, die jüngst im Aufwind war?

Das ist schwer zu sagen. Wir sind eigentlich auf gutem Weg. Ich war aber erstaunt, als ich diese Woche las, dass ausgerechnet Parteikollegen nun die Erdölbranche vor einer Strafzahlung von 120 Millionen Franken bewahren möchten für den Fall, dass das Klimaziel nicht erreicht wird. Das sieht ja fast so aus, als wären hier Lobbyisten tätig gewesen.